

Kollegen tun gut, wenn sie ihre innerhalb der letzten zwei Jahre geklebten Marken nochmals nachprüfen, ob sie auch dem Einkommen entsprechend richtig geklebt und nicht zu niedrig sind. Wenn die Kartenausgabestelle oder die Landesversicherungsanstalt nach dem 1. August 1928 feststellt, daß zu niedrige Marken verwendet sind, dann zieht sie nicht etwa den Differenzbetrag auf die alte Marke, sondern auf die neuen Marken ein. Wurden beispielsweise Marken zu 50 Pf. statt zu 70 Pf. entrichtet, dann werden nicht 20 Pf., sondern 40 Pf. pro Marke nachgehoben, da Klasse III 90 Pf. kostet. Die richtige Lohnklasse zu errechnen ist nicht schwer. Es darf sich der Arbeitgeber nur an oben aufgeführte Tabelle mit Lohnklassengrenzen halten. Bei 16 Mk. Wochenlohn sind III. Klasse à 90 Pf., bei 24,50 Mk. Marken V. Klasse à 150 Pf. zu kleben. Schwieriger ist es bei solchen Versicherungen, die neben Barlohn auch Kost, Wohnung, Kleidung usw. bekommen, wie z. B. bei Dienstmädchen. Hier zählen Kost, Wohnung, Kleidung, Trinkgelder, Weihnachtsgeschenke usw., sowie Kassenbeiträge, wenn sie vom Arbeitgeber allein bestritten werden, auch zum Lohn. Beispiel: Dienstmädchen Popp bekommt monatlich 25 Mk. Barlohn. Kost und Wohnung sind vom zuständigen Versicherungsamt mit 1 Mk. pro Tag = 7 Mk. pro Woche veranschlagt und der Krankenkassenbeitrag beläuft sich auf 75 Pf. wöchentlich. Berechnung: $25 \times 12 = 300$ Mk.; $52 = 5,76$ Mk., hierzu 50 Pf. ($\frac{2}{3}$ des Krankenkassen-) und 45 Pf. ($\frac{1}{2}$ des Invalidenversicherungsbeitrages), sowie Kost und Wohnung (7 Mk.) ergeben nachfolgenden Wochenverdienst: 5,76 Mk. + 50 Pf. + 45 Pf. + 7 Mk. = 13,71 Mk. Zu kleben sind Marken der Klasse III à 90 Pf. pro Woche.

K. W.

(VI 1/94)

Beschleunigter Schadenersatz durch die Reichsbahn. Vielfache Klagen über die Art der Schadensregelung bei der Reichsbahn haben verschiedene Kreise der Wirtschaft veranlaßt, bei der Reichsbahn-Gesellschaft vorstellig zu werden. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat sich daraufhin bereit erklärt, für eine Abhilfe der Mißstände, soweit diese zu verzeichnen sind, Sorge zu tragen. Den mit der Beantwortung von Entscheidungsansprüchen beschäftigten Reichsbahnstellen ist schleunige und umsichtige Behandlung der Anträge zur besonderen Pflicht gemacht. Nach den gegebenen Weisungen sollen Erhebungen und Untersuchungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt bleiben. Kann das Bestehen oder Nichtbestehen einer Haftung der Reichsbahn zweifelhaft beurteilt werden, so ist unverzüglich — ohne weitere Untersuchung — Entscheidung zu treffen. Unvermeidliche Rückfragen sollen nach Möglichkeit fernmündlich erledigt werden. Wenn trotzdem Einzelfälle Anlaß zur Beschwerde geben, so wird empfohlen, sie den Reichsbahndirektionen mitzuteilen, die die Geschäftsgebarung der ihnen nachgeordneten Stellen überwachen und gegebenenfalls für Abhilfe sorgen. Beschwerden über die geschäftliche Behandlung von Ersatzansprüchen sind direkt an die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Berlin W 8, Voßstr. 35, zu richten. (VI 1/75) RH.

Fortbildungsschulbesuch und Arbeitszeit der Lehrlinge. Die Frage, ob der Besuch der Fortbildungsschule in die Arbeitszeit der Lehrlinge einzurechnen ist, oder ob die Lehrlinge die volle Arbeitszeit außer der Schulzeit dem Betrieb zu widmen haben, ist gerade mit der Einführung des Arbeitszeitgesetzes von Bedeutung geworden. Bei den Gerichten, die sich mit dieser Frage zu befassen hatten, so vor allem das Oberlandesgericht Dresden, herrscht die Auffassung, daß die Pflicht zum Besuch der Fortbildungsschule in keinem Zusammenhang mit der Dauer der Arbeitszeit steht. Die ausführliche Begründung des Urteils, der sich alle Gerichte, namhafte Wissenschaftler und auch der Reichsarbeitsminister angeschlossen haben, führt aus, daß aus der Arbeitszeitverordnung nicht zu entnehmen sei, daß Arbeitszeit und Unterrichtszeit zusammen die wöchentlich zulässige Höchstarbeitszeit nicht überschreiten dürfen. Wenn auch zwischen der Arbeit in der Schule und während der Lehrzeit im Betriebe ein gewisser Zusammenhang besteht, so handelt es sich doch im ersten Falle um das Erwerben von Kenntnissen durch Unterricht und nicht um Arbeitsleistungen im Sinne der Arbeitszeitgesetzgebung. Es ist also unzweideutig gesagt, daß der Arbeitgeber befugt ist, seinen Lehrling für die ganze Dauer der zulässigen Arbeitszeit in seinem Betrieb zu beschäftigen, ohne Rücksicht auf den Fortbildungsschulbesuch. Wir erwähnen noch, daß das geplante Arbeitsschutzgesetz einen ähnlichen Standpunkt vertritt. Es sieht nämlich vor, daß die Arbeitszeit und die auf gesetzlicher Verpflichtung beruhende Unterrichtszeit bei Arbeitnehmern unter 16 Jahren die Dauer von 56 Stunden, bei Arbeitnehmern zwischen 16 und 18 Jahren die Dauer von 60 Stunden in der Woche nicht überschreiten darf. Als regelmäßige Arbeitszeit wird aber an der 48-Stunden-Woche festgehalten. Der Gesetzentwurf sieht also Trennung von Arbeitszeit und Fortbildungsschulunterricht vor und gibt nur eine Bestimmung darüber, welche Zeit insgesamt von beiden nicht überschritten werden darf. (VI 1/85)

Versteigerung von beliebigen Kostbarkeiten. Die Industrie- und Handelskammer Berlin hat eine Eingabe auf Aenderung des Gesetzes vom 17. März 1881, betreffend das Pfandleihgewerbe

an die in Frage kommenden Behörden gerichtet, wonach bei einer Versteigerung der Wert einer zu versteigernden Kostbarkeit vor der Versteigerung von behördlich ernannten Sachverständigen abtaxiert werden soll. Bisher bestand diese Vorschrift nur für Gold- und Silbersachen, welche ja bekanntlich bei einer Versteigerung nicht unter dem Gold- oder dem Silberwert zugeschlagen werden dürfen. Eine ähnliche Bestimmung soll nun hinsichtlich der Kostbarkeiten, vor allem der Juwelen, durchgeführt werden. Es wird angeregt, daß, falls bei der Versteigerung die Hälfte des von dem Sachverständigen angegebenen regulären Verkaufswertes nicht erreicht wird, die Kostbarkeit in einem zweiten Versteigerungstermin nochmals ausgeteilt werden soll. Hier soll dann der Zuschlag ohne Rücksicht auf die Höhe des Angebotes unter allen Umständen zu erfolgen haben. — Wir halten eine derartige Regelung für im Interesse des regulären Uhrenhandels liegend, da ja hierdurch vermieden werden soll, daß die Verschleuderung derartiger Pfandstücke auf das Preisniveau drückt. (VI 1/84)

Verkaufskunst. Aus dem „Jewelers Circular“ entnehmen wir die Beschreibung folgender Tricks, die ein Verkäufer in einem Uhren- und Juwelierladen anwendete, um die Käufer zu beeinflussen:

1. Ein Kunde ließ sich mehrere recht teure Uhren zeigen und bekundete besondere Liebhaberei für eine von diesen. Er konnte sich jedoch nicht gleich zum Kauf entschließen, sondern sagte, daß er wiederkommen wolle. Der Verkäufer wußte „instinktiv“ oder erfahrungsgemäß, daß der Verkauf der Uhr nicht erfolgen würde, sobald der Kaufliebhaber einmal das Geschäft verlassen hatte. Doch dem schlaun Verkaufsgenie schließt eine Idee durch den Kopf. Er bittet den Kunden um folgende Gefälligkeit: „Ich bemerke, daß Ihnen gerade diese eine Uhr besonders gut gefiel. Wir erachten diese Uhr selber als eine der besten, die wir im Geschäft führen, doch würde es mich interessieren, von Ihnen zu erfahren, was Ihnen so besonders an dieser Uhr gefällt. Ich habe nämlich eine Kundin, die eine besonders schöne Uhr zu kaufen wünscht, und da würde es mir von großem Nutzen sein, wenn ich auch die Ansicht eines „Käufers“ kenne und nicht nur mit meinen eigenen Augen als „Verkäufer“ die Vorteile dieser Uhr sehe.“ Der Käufer stutzte; das war ihm neu und interessierte ihn, und er blieb noch eine Weile im Geschäft, erklärte dem Verkäufer, weshalb er gerade diese Uhr bevorzuge. Dieser schmeichelte ein wenig den guten Geschmack des Käufers, kam dadurch in ein mehr freundliches Gespräch über den Gegenstand, wodurch sich der Kunde doch entschloß, die Uhr selber gleich zu kaufen. Der kleine Trick war also erfolgreich.

2. Eine Dame kauft $\frac{1}{2}$ Dutzend Messer und Gabeln für ein Hochzeitsgeschenk. Während die Sachen in ein Etui verpackt werden, sagt der Verkäufer in freundlichem Ton: „Ihre Nichte wird sich natürlich sehr freuen über das schöne Geschenk. Ich könnte jedoch nicht garantieren, von diesem schönen Muster nachliefern zu können, falls Ihre Nichte später einmal das Dutzend voll zu machen beabsichtigen sollte. Es kommt dies oft vor bei jungen Ehepaaren, und dann tut es einem leid, wenn man später das gleiche Muster nicht nachzuliefern vermag.“ Die gute Tante überlegte einen Augenblick und — kaufte gleich ein volles Dutzend. Auch dieser Trick war dem Verkäufer gelungen. Man muß Verkaufskünstler und Gedankenleser sein. (Dieser „Trick“ ist sehr gefährlich. Bei uns ist der Käufer gewöhnt, die Muster stets nachzubekommen. Er wird deshalb leicht vom Kauf abgeschreckt werden, wenn er hört, daß das Muster schwer nachzubekommen ist. Die Schriftleitung.) (VI 1/89)

Zweckmäßige Anberaumung der gerichtlichen Termine. Aus Wirtschaftskreisen wird erneut Klage darüber geführt, daß die Gerichte bei der Anberaumung von Terminen ohne Rücksicht auf die voraussichtliche Dauer der einzelnen Sachen verfahren, so daß die geladenen Personen oft mehrere Stunden auf den Beginn der Verhandlung ihres Rechtsstreites oder ihrer Vernehmung warten müssen. Aus diesem Anlaß hat der Preussische Justizminister eine Verfügung erlassen, in der es unter anderem heißt: „Wenn auch die außerordentliche Geschäftsbelastung der Gerichte diese Berücksichtigung der auf die Termindauer einwirkenden Umstände des einzelnen Falles bei der Anberaumung der Termine erschweren mag, so muß doch gerade bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage mehr als je Bedacht darauf genommen werden, daß die mit dem Erscheinen vor Gerichten für die Geladenen verbundenen Nachteile auf ein möglichst geringes Maß beschränkt werden. Es ist ein unerträglicher Mißstand, wenn fast sämtliche Termine auf eine Terminstunde, statt in angemessenen Zwischenräumen anberaumt werden. Termine, an denen auswärtig wohnende Personen beteiligt sind, werden — unter Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse — tunlichst auf den Beginn der Sitzung anzuberaumen sein, damit die Geladenen möglichst frühzeitig wieder abreisen können.“ Der Minister erinnert auch daran, daß es sich empfehlen wird, die geladenen Personen auf eine spätere Terminstunde umzuladen, sobald sich herausstellt, daß eine Sache wegen veränderter Umstände erst wesentlich später als zur angesetzten Zeit zur Verhandlung kommen kann. RH.